

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Mann-
schriften erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Verständigung!

Soll dieser Begriff in der ganzen Welt Geltung haben, nur nicht in unserer Innenpolitik? Auf diese Frage heischt der neuerdings eingebrachte Ausgleichsantrag der deutschen Sozialdemokraten eine bündige Antwort.

Wir fordern die Einsetzung eines Nationalitätenausschusses, dessen Aufgabe es sein soll, die Satzungen für ein friedliches Zusammenleben der Nationen dieses Staates zu erarbeiten. Wir wollen damit eine Stätte schaffen, wo die Völkervertreter von Angesicht zu Angesicht ihrer Forderungen erheben, ihre Wünsche austauschen und mit gutem Willen einen Ausgleich der nationalen Gegenstände anstreben. Wir wollen den unerträglichen Zustand beenden, wo die Nationen, die die Geschichte zu enger Schicksalsgemeinschaft verband, aneinander vorbeireden und vorbeileben. In die Hand der Regierungsparteien ist es gegeben, diesen neuen Versuch einer nationalen Verständigung im tschechoslowakischen Nationalitätenrat zu durchkreuzen oder ihm zum Gelingen zu verhelfen.

Werden sie den Weg der Verständigung beschreiten oder in schroffer Herrenmanier weiter Gewalt üben? Es kommt bei ihnen auf den Grad der Erkenntnis der Unfruchtbarkeit der bisherigen Gewaltpolitik an. Es kommt darauf an, ob die Regierungsparteien den Bankrott des allnationalen Koalitionssystems ehrlich einsehen oder bis zum Tage seines förmlichen Zusammenbruchs verleugnen werden. Jeder Tag der Verzögerung der unvermeidlichen Umkehr wird ihnen den doppelten und dreifachen Schaden bringen als uns.

Man kann den Ausgleichsantrag der deutschen Sozialdemokraten verwerfen. Man kann die Einsetzung des Verständigungsausschusses vereiteln und noch eine Zeit, gestützt auf Polizeiknüppel und Prügelpatent, weiterregieren. Aber eines können die tschechischen Machthaber nicht: der unerbittlichen Notwendigkeit einer umfassenden Lösung des Nationalitätenproblems entkommen. Jede Stunde, die man die nationale Verständigung hinauszögert, ist unwiederbringlich verloren, nichts, gar nichts wird durch den Aufschub gewonnen!

Oder ist es ein Gewinn, wenn der Krisenzustand der Koalition noch ein halbes oder ein ganzes Jahr wiederholt wird? Die Ablehnung der Verständigung mit den Deutschen und den übrigen Minderheitsvölkern dieses Staates zwingt die Koalitionspolitiker immer wieder dazu, einen unmöglichen Ausgleich zwischen den widersprechenden Klasseninteressen des tschechischen Volkes zu suchen. Glaubt denn noch ein Mensch daran, daß es gelingen wird, zwischen Großproduzenten, Händlern und Konsumenten eine Übereinstimmung in der Zollfrage herbeizuführen, zwischen Arbeitervertretern, bornierten Künstlern und den Industrie- und Bankenvertretern eine Einigung über das notwendige Maß sozialer Fürsorge zu erzielen, die Vertreter der Kriegspartei und die Exponenten der Generalität über den Umfang der militärischen Leistungen und die Länge der Militärdienstpflicht in Übereinstimmung zu bringen, die Höhe der Kongrua im östlichen Vergleich zwischen Waffen und hussitischen Freicorps zu bestimmen? Das Spiel dauert nun schon einige Jahre und führt zu keinem Ende. Kaum haben die Koalitionsausschüsse nach wochenlangem Geilschen eine Kompromißformel entdeckt, steigen neue Gegeiräbe auf. Die Zollfrage, die im Vorjahre die Regierungsmehrheit auf das schwerste erschütterte und zu vorzeitigen Neuwahlen führte, steht schon wieder auf der Tagesordnung. Neue Probleme dürfen gar nicht mehr angegriffen werden, der Handel geht seit vielen Monaten rein um die Erfüllung aller Verpflichtungen, Staatsbeamtenvorlage, Baugesetz, Altersversicherung, Machtverteilung im Bodennamen. Immer wieder treten die Koalitionsausschüsse zusammen, beschließen die Klubs, drohen die Volkswirtschaft der Koalitionsparteien. So wird die ganze politische Kraft der tschechischen Nation vergeudet, so wird durch die Häufung ungelöster Probleme eine unerträgliche Atmosphäre geschaffen, das politische Leben vergiftet, immer größerer Zwie-

Das Aufnahmesuch Dienstag vor dem Plenum

Keine Besserung der Lage. — Drohungen mit der Verweigerung des Ratsfisches.

Paris, 13. März. Der Berichterstatter der Agence Havas meldet aus Genf, daß auch der heutige Tag keine Aussicht auf Lösung der Krise brachte. Die Mitglieder des Rates verhandelten in einer dreistündigen Beratung über zwei bis drei Texte, die den gestern einstimmig angenommenen Vorschlägen ähnlich sind. Es wurde aber bloß konstatiert, daß nach Ablehnung des Vermittlungsvorschlages durch Deutschland und bloß der Vertreter Schwedens seinen Standpunkt geändert hat, der übrigens gestern seine Zustimmung zu den gemachten Vorschlägen nur unter der Bedingung ausgesprochen hat, daß die Vorschläge auch von Deutschland angenommen werden.

Man ist daher in Genf auch nicht um einen Schritt weiter gekommen und alle Anstrengungen nach Beilegung der bisherigen Differenzen waren vergeblich. Frankreich steht dabei hinter Polen, für welches es wenigstens einen nicht ständigen Ratsfisch und zwar sofort verlangt.

Der Rat beschloß aber trotzdem, für Dienstag eine Plenarversammlung der Völkerbundversammlung einzuberufen, damit auf derselben über das Ansuchen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund entschieden werde. Allerdings ist mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund noch keine Entscheidung des Rates, die einmütig sein muß, über die Verurteilung Deutschlands auf einen ständigen Ratsfisch gegeben. Falls bis Dienstag Deutschland einer Kompromißformel nicht beipflichten würde, die einmütige Genehmigung des Rates erhielt, dann wird die Abstimmung der Plenarversammlung nicht genügen, um Deutschland ebenfalls einen Ratsfisch zuzuwenden, und dann ist es höchst wahrscheinlich, daß unter solchen Umständen die Deutschen ihren Eintritt in den Völkerbund als ungünstig erachten würden. Der Rat tritt morgen neuerdings zu einer vertraulichen Sitzung zusammen.

Der deutsche Standpunkt.

Genf, 13. März. Ueber die Auffassung der deutschen Delegation zur Lage erzählt der W.F.-Berichterstatter folgendes: Es wird in erster Linie auf den deutscherseits schon am ersten Sonntag gemachten Vorschlag, zur sachgemäßen Klärung der Frage der ständigen Ratsfische eine Kommission einzusetzen, welche rechtzeitig vor der September-Tagung des Völkerbundes Bericht zu erstatten habe, hingewiesen.

Hinsichtlich der übrigen in der gestrigen Vormittagssitzung mit den Vertretern der Signatäre des Rheinpaktes erörterten Anregungen hat eine sorgfältige Prüfung von Seiten der deutschen Delegierten keine Lösungsmöglichkeit auf solcher Grundlage ergeben. Es ist für Deutschland bei allem Bestreben, den Schwierigkeiten der Gesamtsituation Rechnung zu tragen und durch einen beschleunigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dem Werke von Locarno die endgültige Verwirklichung zu verschaffen, unumgänglich, von dem fundamentalen Grundsatze abzuweichen, vor dem Eintritt in den Völkerbund sich einer

Verpflichtung zwischen dem Staate und seinen Bürgern auferlegen. Bedarf es noch einer Prophezeiung, um den Zeitpunkt vorauszusagen, wo diese Methode des Regierens an sich selber scheitert?

Was dann? Wenn der Staatskarran zutiefst im Sumpf der Koalitionspolitik festgefahren ist, wenn sich durch unausgesetzte Verhäufung der nationalen Unterdrückung die Erbitterung der Minderheitsbürger bis zur Raserei gesteigert hat, was dann? Dann soll etwa der Zeitpunkt des nationalen Ausgleiches gekommen sein?

Diese Fragen müßte sich jeder verantwortliche tschechische Politiker gerade in dem Augenblicke vorlegen, da unser Ausgleichsantrag wieder auf der Tagesordnung steht. Wenn jetzt nicht der richtige Zeitpunkt zur Umkehr gegeben ist, wann soll er kommen? Ist denn im Hinblick auf die permanente fruchtlose Quälerei der Koalitionspolitik, die sie für alle Beteiligten und noch mehr für ihre Opfer bedeutet, der Entschluß gar so schwer zu fassen, mit den beschwerdeführenden Minderheitsbürgern zu verhandeln? Sind die Bezirkshauptmannschaften, die Landesauschüsse und Statthaltereien so kostbare Reliquien der österreichischen Vergangenheit, daß wir sie nicht gegen ein Verwaltungsverfahren umtauschen könnten, das jedem Staatsbürger sein Recht gibt und ihn von der Vormundschaft befreit? Ist es noch nirgends in der Welt vorgekommen, daß mehrere unter einem Dache wohnende Völker sich über den Gebrauch der Sprachen, über Zahl der Schulen und Kulturanstalten gütlich ausgeglichen haben? Hat der Gedanke gar so etwas Schreckliches an sich, daß auch dem Angehörigen jeder Nation Schutz geboten werden soll vor Vergewaltigung und Entnationalisierung? Einmal muß doch der verhängnisvolle Irrglaube der Nationalisten zertreten werden, daß nationale Erörterungen nur auf Kosten der anderen Völker möglich sind. Keine Flurwäckerpolitik, wie sie Dr. Renner einmal zu-

bindung hinsichtlich seiner künftigen Politik im Völkerbunde, insbesondere der Stellungnahme zu den Bestrebungen einzelner Mitglieder, zu enthalten.

Bemittlungsveruche.

Genf, 13. März. (Helv.) Der Präsident des Völkerbundes Biscout J. J. hatte heute vormittag mehrere Besprechungen, um unter den besonders interessierten Mächten womöglich noch eine Einigung herbeizuführen. So unterhielt er sich längere Zeit mit Briand, ferner mit dem Grafen Sztyński, sowie mit Sir Austen Chamberlain und begab sich hierauf zur deutschen Delegation. Auch dort versuchte er, ein Entgegenkommen zu erwirken. Bereits gestern nachmittag hatte J. J. eine Unterredung mit dem tschechischen Delegierten Uden, den er zu dem bereits bekannten Entgegenkommen zu veranlassen vermochte. Heute nachmittags fand neuerdings eine offiziöse Besprechung der Ratsmitglieder bei Sir Eric Drummond statt.

treffend nannte, die den Blick auf den Grenzrain des Nachbarn gebannt hat und dabei auf dem eigenen Felde den dringendsten Spatenstich verfaumt, hat ihre Fruchtlosigkeit schon genugsam bewiesen. Erst nach Beilegung des nationalen Streites, nach Abgrenzung ihrer Rechte und ihres Machtanteils können die Völker ihr eigenes Feld bestellen und die Saat sozialen und kulturellen Aufstieges streuen. Der von Jahrzehnten nationaler Kämpfe verwüstete und verdorrte Nährboden der Völker raft nach der betreuenden Hand.

Nicht wir allein, sondern mit uns die vitalsten Lebensinteressen der Völker rufen nach Beendigung des nationalen Haders. Der einzige Weltkriegsgewinn aller Nationen könnte nur die Erkenntnis von der Fruchtlosigkeit der alten Gewaltpolitik sein. Daß diese Erkenntnis auf dem Marsche ist, bezeugen die gewaltigen Anstrengungen zur Schlichtung der uralten Völkerkonflikte, aus denen jedes Jahrhundert neue Kriege gebar. Frankreich und Deutschland haben sich in Locarno gefunden, und der dort geschlossene Rheinpakt soll die Brücke zur wirtschaftlichen und kulturellen Verständigung der beiden großen Nationen sein. Während die Idee der Vereinigten Staaten von Europa von ihrem literarischen Ursprung zu tagespolitischer Bedeutung aufsteigt und der Ausbau des Völkerbundes ganze Kontinente der gemeinsamen Welt zu verbinden verspricht, soll im Herzen Europas ein Land den Beweis vorführen, daß es zwischen den Völkern nicht einmal eine Verständigung über die bescheidensten Tagesfragen geben kann, sondern nur den Kampf bis zur beiderseitigen Erschöpfung?

Die tschechischen Parteien sollen sich, bevor sie über unseren Ausgleichsantrag die Entscheidung fällen, die Frage vorlegen, ob sich ein kleiner Staat ohne Gefährdung seiner Zukunft einen permanenten Kriegszustand im Innern in einem Zeitalter leisten kann, wo die größten und mächtigsten Staaten der Welt auf die Bahn des Friedens gezwungen werden:

Stagnation.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die wirtschaftliche Krise in Deutschland hat den Zustand der Stagnation erreicht. So lange sich die Kurve der Arbeitslosigkeit nach oben bewegt, trug man sich in manchen Kreisen mit der Hoffnung, daß das nur eine vorübergehende Erscheinung sei und daß die Wirtschaft sich schnell wieder erholen werde, wenn die „Reinigungs“, die „Gesundungs“krise ihren Höhepunkt überschritten habe. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen. Trotz Zinsherabsetzung und größerer Geldflüssigkeit ist, abgesehen von der etwas zunehmenden Bautätigkeit, von einer Geschäftsbelebung nichts zu spüren.

Aber ist nicht die Tatsache als ein günstiges Moment zu bewerten, daß der deutsche Außenhandel in den letzten Monaten aktiv geworden ist, daß die Ziffern der Ausfuhr größer sind als die der Einfuhr? Auch diese Annahme ist falsch und zeigt es sich, wie recht jene Wirtschaftspolitiker hatten, die bei den Zollsämpfen im vorigen Sommer immer wieder darauf hinwiesen, daß es nicht so sehr auf die Aktivität der Handelsbilanz ankomme als vielmehr auf die Steigerung der Produktivität der Wirtschaft. Für den Stand der Wirtschaft in den industriell hochentwickelten Staaten ist das Entscheidende nicht die Tatsache, daß die Ausfuhr höher ist als die Einfuhr; der scheinbare Ueberschuß beim Handel kann sich in eine tatsächliche Unterbilanz der Wirtschaft verwandeln, wenn er in die Erscheinung tritt nach einer Drosselung der Einfuhr bei gleichzeitigem Stillstand der Ausfuhr und Rückgang des „unsichtbaren Exports“, worunter man die Einnahmen aus den Zinszahlungen aus Kapitalanlagen im Auslande, aus dem Reiseverkehr von Ausländern im Inlande, aus dem Seetransport für fremde Rechnung und dem Durchgangsverkehr auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen versteht.

Alle diese Faktoren zeigen in Deutschland ein ungünstiges Bild, das noch trüber wird, wenn man die innerwirtschaftliche Lage des Landes betrachtet. An Arbeitslosen und Kurzarbeitern werden schon seit Wochen 4 bis 5 Millionen gezählt und noch immer sind keine Zeichen dafür vorhanden, daß diese Zahl abnehmen könnte. Nur wenige Industrien erfreuen sich eines flotten Geschäftsganges. Zu ihnen gehört die Elektroindustrie die infolge der rapiden Elektrifizierung der ganzen Welt mit Aufträgen für ganze Werke, einzelne Maschinen und Materialien überhäuft ist. Sehr gut steht auch die Brauindustrie da, denn trotz der großen Not des deutschen Volkes nimmt der Konsum von alkoholhaltigen Getränken, besonders von Bier, ständig zu. Nur die Winzer an der Mosel klagen über mangelnden Absatz; der Grund dafür ist aber nicht, wie sie behaupten, die Ueberschwemmung Deutschlands mit billigen ausländischen Weinen, sondern die mangelnde Kaufkraft der weniger bemittelten Bevölkerung, die nach dem billigeren Bier oder Schnaps greift, weil sie das Geld für Wein nicht aufzubringen vermag. Der brachliegende Binnenmarkt hat bei anderen Industrien bereits geradezu verwüstend gewirkt. In erster Linie ist die Bekleidungsindustrie zu nennen, wo sich die Zahlungseinstellungen in den letzten Monaten außerordentlich gehäuft haben. Schlecht geht es auch der Schuhindustrie und allen anderen Gewerben, die für den Massenbedarf des Volkes tätig sind. Es erübrigt sich, an den einzelnen Industriezweigen zu zeigen, wo die Krise bei ihnen wütet. Man braucht nur an den Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse zu denken, um sich ein Bild von der Gesamtlage der deutschen Wirtschaft zu machen.

Die deutsche Regierung, die im vorigen Jahre mit den deutsch-nationalen Ministern an der Spitze eine Kapitalansammlungspolitik getrieben hat, will jetzt einen anderen Weg gehen und nur sozial Steuern erheben, als sie zur Führung der Reichsgeschäfte laufend braucht. Aus diesen Gründen soll der Abbau der Umsatz- und einige Vermögenssteuern erfolgen; die Regierung verspricht sich davon eine Verbilligung der Produktion. Man kann voraussetzen, daß die Regierung damit ebenso fehl gehen wird wie mit ihrer Preis senkungsaktion im vorigen Jahre. Die Wirtschaftskrise in Deutschland ist nicht verursacht, wie die Unternehmer vielfach behaupten, durch hohe Löhne, Soziallasten und Steuern, sondern, soweit sie nicht eine Zeilerscheinung der europäischen Wirtschaftskrise ist, durch die Schwächung des inneren Marktes. Deutschland steht zwar wieder wie vor dem Kriege in der ersten Reihe der am Weltmarkt beteiligten Staaten. Aber man darf dabei nicht übersehen, daß der Weltmarkt nur einen

Im Zeichen des Wendes.

Die Versammlungsfreiheit in der Tschechoslowakei.

Keinen Teil der inländischen Produktion aufnimmt, und daß vier bis fünf Zehstel der industriellen Erzeugung im Inlande abgesetzt werden. Je aufnahmefähiger der Binnenmarkt eines Industriestaates ist, desto größere Ausfuhr bestehen auch auf dem Weltmarkt, die Umsätze zu erhöhen. Das war bei Deutschland vor dem Kriege der Fall, das haben wir heute am deutlichsten bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Binnenabsatz kann aber nur erweitert werden durch die Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Sie muß erfolgen auf der einen Seite durch Herabsetzung der Preise, auf der anderen durch die Steigerung der Löhne. Die deutsche Regierung und die bürgerlichen Parteien sind bisher den umgekehrten, den falschen Weg gegangen. Nicht die hohen Löhne, Steuern und Soziallasten verfeinern die Produktionskosten der deutschen Industrie, sondern die künstliche Hochhaltung der Rohstoffe und Halbzeuge durch die Kartelle und Syndikate. Diese Preisbildung ist gefördert worden durch die Durchpreisung des Zolltarifs im vorigen Sommer.

Bemerkenswert ist, daß die deutsche Regierung die Einbringung des Zolltarifs damit begründet hatte, sie müsse ein brauchbares Instrument für die Verhandlungen mit den anderen Ländern über den Abschluß von Handelsverträgen in Händen haben. Die bürgerlichen Parteien haben ihr dieses Instrument gegeben, was aber war die Folge davon? Mit einer ganzen Reihe von Staaten sind die Verhandlungen auf dem toten Punkt angekommen, bei anderen gestalten sie sich sehr schwierig und nur bei ganz wenigen ist ein Abschluß erzielt worden. Der aber beide Seiten nicht befriedigt. Das vorläufige Wirtschaftsabkommen mit Frankreich mag prinzipiell wichtig sein, weil überhaupt eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland zustande gekommen ist. Aber es berührt nur einen kleinen Teil der Wirtschaftsinteressen der beiden Staaten, so daß es materiell nicht viel bedeutet. Mit Spanien, Polen, Tschechoslowakei, Portugal und anderen Ländern waren bisher keine abschließenden Ergebnisse zu erzielen; ungünstig hat sich das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu England gestaltet; die großen Hoffnungen, die man auf das Geschäft mit Rußland gesetzt hat, haben sich bisher nicht erfüllt, ob sie sich nach der Krediterteilung von 300 Millionen Mark erfüllen werden, ist auch noch sehr zweifelhaft.

Die deutschen Gewerkschaften haben jüngst mit ihrer Denkschrift der deutschen Regierung den Weg zur Ueberwindung der Krise gezeigt. Die Vertreter der deutschen, belgischen und französischen Sozialdemokratie haben auf der Konferenz in Brüssel vor einigen Tagen in internationalem Maßstabe Vorschläge zur Behebung der Wirtschaftskrise gemacht. In Deutschland wird sich bald Gelegenheit bieten, von der Regierung Auskunft darüber zu verlangen, wie sie zu diesen Forderungen der Arbeiterbewegung steht. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dessen Haushalt in der nächsten Woche im Reichstag zur Beratung kommt, wird diese Auskunft zu geben haben. Wie sie lautet wird, kann man sich jetzt schon vorstellen, da Curtius der Deutschen Volkspartei angehört. Um so notwendiger wird es sein, daß die Arbeiterschaft den Druck auf die Regierung verstärkt, um sie von einer Wirtschaftspolitik abzubringen, die Deutschland so schwer geschädigt hat.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, W.

Die Goldwäher am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

68 von Emil Droonberg

„Ich bin bereit, das Amt zu übernehmen“, erbot sich Evans.

„Dazu kann ich dich Watson nur Glück wünschen, bringen Sie mir also morgen nachmittags die nötigen notariellen Ausfertigungen, damit ich sie hier registrieren, und wenn Sie dann in Ihrer Eigenschaft als Vormund den Verkauf gutheißen und vollziehen wollen, so steht dem nichts mehr im Wege.“

XXII.

Abschied vom Nordlande.

Für Davy Evans war der Sommer eine Zeit unausgesuchter Arbeit gewesen, denn er hatte beschlossen, all seinen Besitz am Klondike zu verkaufen und gegen Ende des Sommers mit Peggy, die seine Frau sein würde, diesem unwirtlichen Lande den Rücken zu kehren. Sieben Jahre lang hatte er hier unter Frost und Hunger, Einsamkeit und härtester Arbeit mit der grauamen, unerbittlichen Natur einen dauernden Kampf um die allerbäurftigsten Lebensbedingungen geführt. Sieben Jahre lang, die ihm wie eine Lücke im Leben erschienen. Die Natur hatte ihn nicht umbringen können, er hatte ihr getrotzt und in dem steten Kampfe mit ihr seine Kräfte wachsen gefühlt. Ob er wochenlang nur von einer halben Handvoll Bohnen den Tag leben mußte, oder auch nur von einer Brühe aus einem abgekochten Stück altem bierseledernen Mokka mit einem Zusatz von

Wir haben bereits von dem sonderbaren Vorgehen des Innenministers berichtet, der sich weigerte, ein Versammlungsverbot auch nur zu untersuchen und erklärte, der Bezirkshauptmann werde schon wissen, was er wolle. Daß es auch an anderen Stellen politische Beamte gibt, die sich ihrer Aufgaben bed bewußt sind und den Sinn der neuen Beamtenreform — Begünstigung der höheren Rangklassen und vollständige Unterstellung der niederen unter die Disziplinargewalt der gut bezahlten höheren — zu werten wissen, beweisen zwei Beispiele aus dem Böhmerwald. Unsere Partei hatte in einer ganzen Reihe von Bezirken Versammlungen einberufen, deren Tagesordnung lautete: „Die politische Lage, das Steuerwesen, die Zölle, der Mieterschutz und das Sprachengesetz.“ Die politische Bezirksverwaltung in Bergreichenstein geruhte nun die Abhaltung der sieben in ihrem Bericht gemeldeten Versammlungen mit folgender Begründung zu verbieten:

„Diese Anzeige wird auf Grund des § 6 des Ges. vom 15. November 1867, RSt. Nr. 135, nicht zur Kenntnis genommen und die Abhaltung aller dieser Versammlungen wird untersagt, und zwar aus dem Grunde, da durch deren Abhaltung das öffentliche Wohl gefährdet werden könnte, und weil ferner der Zweck dieser Versammlungen (Steuerwesen, Sprachengesetz) den Strafgesetzen zuwiderläuft.“

Das öffentliche Wohl wird durch die Steuern und Zölle, durch die Sprachenverordnungen und die Verlängerung der Militärdienstzeit aufs höchste gefährdet. Verboten aber werden nur die Versammlungen, die sich mit den reaktionären Plänen der Regierung befassen sollen. Sie gefährden nach dem weisen Beschluß eines Bezirkspostchefs das Wohl der Öffentlichkeit, um das die politischen Behörden sonst recht wenig besorgt sind. Ein nicht minder gestrenger und um das Wohl

seiner Untertanen besorgter Herr ist aber der Bezirkshauptmann von Klattau, der eine Versammlung in Neuern mit folgender Begründung verbot:

„Die politische Bezirksverwaltung in Klattau untersagt im Grunde des § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, RSt. Nr. 135, die Abhaltung dieser Versammlung aus dem Grunde, weil durch die Abhaltung der Versammlung mit diesem Programm das öffentliche Wohl gefährdet werde.“

Immerhin beschränkt dieser Miniatur-Landesvater sich auf die Sorge um das Wohl der Untertanen und überläßt es seinem Kollegen in Bergreichenstein, den geistreichen Schluß zu ziehen, daß die Behandlung der neuen Steuern und der Sprachenverordnung in einer Versammlung gegen die Strafgesetze verstoße.

Die österreichischen Behörden mögen reaktionär und oft auch reichlich mit Beschränktheit geschlagen gewesen sein, aber die Kunststücke der tschechischen Bezirksbehörden übertreffen bei weitem alle Erfahrungen, die gerade wir im alten Oesterreich reichlich erworben haben. Einmal bestrafte man einen Redner, weil er „mit Pathos“ gesprochen hat, dann verschärfte man seine Strafe, weil er Beifall gefunden hat, unseren Parteisekretär Reichert verurteilte man in eben jenen Regionen nachträglich zu 20 Kr. Geldstrafe, weil er Wahlflugzettel verteilt hatte, ohne die Erlaubnis einzuholen, Versammlungen werden verboten, weil es „gegen das öffentliche Wohl“ ist, wenn man die Zundersteuer bekämpft, und jetzt und einer gar heraus, daß es überhaupt gegen die Strafgesetze verstoße, politische Versammlungen abzuhalten. All das ist kein Wunder unter einem System, dessen führende Köpfe den Wendes für einen Gedankenkranken halten, mit dem sie Läden ihrer rednerischen Beweiskünste füllen können.

Inland.

Getreidezölle und Koalition.

Die tschechischen Agrarier arbeiten mit aller Energie daran, die festen Getreidezölle in der sechsfachen Höhe der Vorkriegszölle durchzusetzen. Die Exekutive der Partei hielt am Freitag eine Sitzung ab, über die der „Wendos“ einen Bericht gibt. Danach kam in der Sitzung die Meinung zum Ausdruck, daß die Tschechoslowakei nicht nur ein Industrie-, sondern auch ein Agrarstaat sei und daß die Wirtschaft des Staates auf zwei Pfeilern — eben Industrie und Landwirtschaft — beruhe. Die Landwirtschaft aber befinde sich in einer schweren Krise, die eine soziale Krise genannt werden könne. Nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse des Staates (Teures Mehl ist also auch schon ein Staatsinteresse geworden und wer das Mehl nicht um eine Krone teurer zahlen will, ist kein loyaler Staatsbürger.) sei es gelegen, wenn den Forderungen der Landwirte in den Zoll- und Steuerfragen nachgegeben werden wird.

Deutscher wird schon das Regierungsblatt „Prager Presse“, welches als das Ergebnis der Konferenz die Forderung nach festen Getreidezöllen bezeichnet. Diese Forderung will die Partei des Herrn Ministerpräsidenten „mit allen durch die gegebenen Verhältnisse gebotenen Mitteln“ durchsetzen. Das Blatt der Legionäre, „Narodni Dvobojnik“, erzählt sogar, daß die Agrarier die festen Getreidezölle selbst um den

Preis einer „Verschiebung in der Koalition erkämpfen wollen.“

Das soll jedenfalls eine Drohung gegen die tschechischen Sozialdemokraten sein, die von festen Getreidezöllen nichts wissen wollen, wie die „Nova Doba“, das Pilsener Organ der tschechischen Sozialdemokratie, gestern neuerlich betont hat. Es bleibt abzuwarten, ob die tschechischen Sozialdemokraten sich bleiben oder ob sie sich nicht zu einem Kompromiß bereit erklären werden, wie sie dies im vorigen Sommer in der Frage der getreidenden Zölle getan haben. Wenn sie den Kampf um die Getreidezölle in aller Öffentlichkeit aufnehmen wollen, werden sie in diesem Kampf gegen die Brot- und Weizensteuer unsere Partei an ihrer Seite finden.

Erziehung zur Loyalität.

Eine Notiz in der samstägigen „Narodni Politika“ gibt wieder einmal anschaulich Begriff davon, wie gewisse tschechische Chauvins die Erziehung der Deutschen zur Loyalität sich vorstellen. Das Blatt berichtet nämlich, daß die „Narodni jednota severočeská“ in Elbogen am Geburtstage Masaryks eine Feier veranstaltete, zu der auch alle staatlichen Ämter des Bezirkes eingeladen wurden. Zur großen „Ueberraschung“ der Einladeten fanden sich aber von insgesamt 80 deutschen Beamten nur sechs zur Feier ein. Darüber ist die „Narodni Politika“ ganz außer sich und weist empört auf die „Schande“ hin, „daß der Staat heute noch in keinen Diensten und noch dazu an vorderen Posten Angestellte solcher Gesin-

nung ausschält“. Das tschechische Blatt gibt ganz unerbittlich den Meinung Ausdruck, daß für die 74 deutschen Beamten, die zu der Feier nicht erschienen, und für alle deutschen Staatsangestellten, die Ähnliches tun oder unterlassen, mangels „Loyalität“ kein Platz in den Staatsämtern sein sollte, wobei es der „Narodni Politika“ wahrscheinlich weniger um den Geburtsstag des Präsidenten als darum zu tun ist, daß Beamte es „wagten“, einer Einladung der „Narodni jednota severočeská“ nicht Folge zu leisten. Uns hingegen ist gerade aus der Tatsache, daß die jednota zur Feier lud, das Verhalten der 74 deutschen Staatsbeamten doppelt verständlich und wir erblicken in dem Benehmen der sechs anderen, mit deren „Loyalität“ die „Narodni Politika“ zufrieden ist, eine Würdelosigkeit, die hoffentlich nirgends etwa Nachahmung finden wird. Denn die „Narodni jednota severočeská“ ist als tschechischer, und nationaler Verein größtes Stills allgemein bekannt und darum verbietet es sich für jedermann, an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, mögen sie wem und welchem Zwecke immer gelten. Und gerade diese Körperschaft erscheint am allerwenigsten berufen, uns mit Masarykfeiern aufzuwarten, da der Geist des nationalen Hasses am meisten dem widerstreitet, was Masaryk so oft in Wort und Schrift über das Völkerverständnis geäußert hat. Die Kraft zu solcher Tat allerdings blieb ihm bisher versagt. Wenn aber die tschechischen Vereine und Zeitungen glauben, daß man die Deutschen zur „Loyalität“ zwingen kann, so befinden sie sich auf dem Holzwege. Am allerwenigsten wird ihnen das gelingen, wenn sie glauben, sie brauchen nur zu beschleichen und zuwiderhandelnde könnten und müßten auf die Strafe gesetzt werden. Da erst müßte der Staat für alle Nationen wohlthätig gemacht werden, ehe man von Loyalität zu sprechen unternehmen kann.

Vertreter der Bankbeamten beim Finanzminister. Am 11. März intervenierten Vertreter des Verbandes der Bank- und Sparkassenbeamten unter Führung des Vertreters der Prager Gewerkschaftskommission, des Abg. Tachele, beim Finanzminister Prof. Dr. Engliš, um verschiedene Wünsche der Bankbeamtenschaft zu verhandeln. Anlaß zu dieser Unterredung boten die in der letzten Zeit in einigen Tageszeitungen veröffentlichten Nachrichten, denen zufolge im Finanzministerium an dem Entwurf eines Gesetzes gearbeitet wird, durch welches die Bezüge der Angestellten, insbesondere der Funktionäre geregelt werden sollen. Minister Engliš erklärte, daß diese Nachrichten ungenau sind, daß jedoch keineswegs beabsichtigt sei, in diese Regelung die Dienstverträge der Beamtenschaft einzubeziehen. Im Verlaufe der Unterredung äußerte sich Minister Engliš zu einer Reihe von weiteren Fragen, wobei insbesondere die Grundzüge der Steuerreform, die Frage der Betriebsauschüsse in den Banken sowie die Errichtung der Postsparkasse gestreift wurde. Zum Schluß der Vorrede erklärte Minister Engliš seine Bereitwilligkeit, Anregungen der Gewerkschaftsorganisationen entgegenzunehmen, deren Vertreter die Hoffnung aussprachen, daß auch die Angestelltenverbände zu eventuellen Enquêtes eingeladen werden.

Die Geheimbeschäftigung des Ministeriums für soziale Fürsorge. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir am 22. Mai 1925 eine Meldung, daß das Ministerium für soziale Fürsorge bei der Firma Purkert in Wistritz Erhebungen gepflogen hat, ob dieselbe tatsächlich tschechische Arbeiter entläßt und deutsche Arbeiter einstellt. Dieses Einschreiten erfolgte auf einen Brief des nordböhmischen Tschechisierungsvereines. Es wurde nun gegen den Genossen Werner, Gemeindebevorstand in Weiskirchen,

Reinhold Moos, sein Körper und sein Verdauungsapparat hatten allmählich gelernt, aus der ungenügsamsten und ungesündesten Nahrung das letzte Atom lebensbildenden Stoffes herauszugiehen und daraus einen Kräftefund aufzubauen, der ihn den meisten gleichartigen Männern in diesem Lande an Stärke überlegen machte — von den Schwächlingen in der verweltlichten zivilisierten Welt gar nicht zu reden.

Aber er sehnte sich doch zurück nach dieser zivilisierten Welt und ihren Genüssen, die er so lange entbehrt hatte und die ihm sein Reichtum jetzt alle zugänglich machte. Die Welt lag offen vor ihm, sein Geld gab ihm die Macht, sie zu beherrschen. Und er wollte sie beherrschen, wollte einen Kampf führen gegen die Lüge, die sich darin breit machte, wie er hier den Kampf geführt gegen die Natur und sie schließlich bezwungen hatte.

Und wie er sieben Jahre lang und allen schlappherzigen Zweiflern gegenüber immer fest an die kommenden großen Goldfunde hier geglaubt hatte, so war er jetzt genau so fest davon überzeugt, daß diese in kurzer Zeit ihr Ende erreichen würden, denn die Mutterader war nicht gefunden worden und würde wohl auch nie gefunden werden, und Pacer-Claims mit ihrem Oberflächen-Gold erweisen sich immer bald als erschöpft. Wenn das dann eintreten würde, und schon lange vorher, wenn die Enttäuschung, die heute schon so viele Tausende beherrschte, sobald sie die immer mehr anschwellende Zahl der Goldsucher mit den wenigen und meist recht bescheiden neuen Funden in Vergleich stellten — wenn diese Enttäuschung erst allgemein wurde, dann würde auch der „Boom“*) der jetzt die Preise für alles und jedes bis zu einer unfinnigen Höhe hinaufgetrieben hatte, wieder zusammenbrechen.

*) Boom — sprich Buim — ein meist nur kurze Zeit währendes und künstlich unterhaltenes Spekulationsfieber.

Die Zeit, zu verkaufen, war also jetzt und indem Evans das tat, bewies er wieder seine klare Einsicht in die Dinge zu einer Zeit, wo fast alle anderen noch an den dauernden Erfolg der eben erst begonnenen Aufschließung des Landes und eine große Zukunft für Alaska und den Klondike-Distrikt glaubten. Er wollte jedenfalls alle seine geschäftlichen Verbindungen hier lösen, um in der Ferne und auf den weiten Reisen, die er und Peggy geplant hatten, völlig frei und ungehindert zu sein.

Esher war, nachdem Eileen in ihr Erbe eingekauft und der Verkauf ihres Claims an die Klondike Mining Co. erfolgt war, auf seinen Arbeitsplatz am Naribu-Creek zurückgekehrt. Jetzt hätte er wohl ungeheuer zu Eileen sprechen dürfen und wäre einer seinen Wünschen entsprechenden Antwort sicher gewesen, denn jetzt, mit ihrem Vermögen, war sie kein Hemmschuh mehr für ihn. Aber gerade dieses Vermögen hielt ihn ab, zu sprechen. Er wollte sich selbst zum erfolgreichen Mann machen. Evans hatte ihm die Wahl zwischen einer Wiederaufnahme seiner Tätigkeit auf dem Claim und einem Posten in der Schriftleitung des „Klondike Bulletin“ gelassen, einer Zeitung, die zumeist mit Evans' Geld gegründet war, und der auch bereits eine zweite Konkurrenz zu machen versuchte. Esher hielt es aber für viel richtiger, das Leben des Landes aus eigener direkter Erfahrung, als aus der Schreibstube einer Zeitung heraus kennenzulernen. Das gab ihm Bilder und Eindrücke, die ihm für die Bücher, die er später zu schreiben gedachte, von höchstem Wert sein würden. Er hatte sich deshalb vorgenommen, seinen Posten auf dem Claim bis zum Ende des Sommers beizubehalten und im Winter mit einem erfahrenen alten Trapper, der auf denselben Claim befähigt war, irgendwohin, wo die Tiere durch die Menge und geräuschvolle Arbeit der Goldsucher noch nicht vergräunt waren, in die Wildnis zu ziehen, um dort seine Fallen zu stellen. Im Sommer würde er sich dann mit dem

von seinem Arbeitsverdienst ersparten Gelde und dem Erlös für die erbeuteten Felle eine Ausrüstung beschaffen und sein Glück als Prospektor versuchen. Was er bei seiner jetzigen Tätigkeit auf dem Claim lernte, würde ihm dabei gut zufluten kommen.

Auf jeden Fall würde er aber zu Ende des Sommers rechtzeitig wieder in Dawson sein, um an Evans' Hochzeit, zu der dieser ihn eingeladen hatte, teilzunehmen und bei der Abreise des jungen Paares, dem sich auch Eileen zum Zwecke ihrer Rückkehr nach Kalifornien anschließen würde, zugegen zu sein.

Eileen hatte inzwischen bei ihren früheren Liebesfahrten, Mr. und Mrs. Paterson Wohnung gefunden. Paterson hatte in der Tat ein Boardinghaus eröffnet, aber trotzdem das Geschäft gut ging, verblieb ihm bei der Unfähigkeit seiner Frau, irgendwelche fördernde Arbeit zu leisten, und vor allem bei dem Mangel an erstem Willen zu solcher, nur ein geringer Verdienst. Er war daher auch heifrig, als sich ihm jetzt die Aussicht eröffnete, Eileen ein paar Monate im Hause zu haben. Die würde, wenn sie auch als zahlender Gast bei ihm wohnte, sicher etwas mit nach dem Rechten geben. Ihr praktischer Sinn und ihre von allen künstlichen Verschönerungen völlig freie Natur ließen das gar nicht anders zu.

So kam es denn, daß an einem Septembermorgen, als die „Queen of Alaska“ sich anschickte, die lange Reise stromabwärts nach Nome anzutreten, Evans und seine junge Frau, sowie auch Eileen sich an Bord befanden, umringt von ihren Freunden, die gekommen waren, ihnen ein letztes Lebewohl zu wünschen und sie mit Blumen fast überhäuteten.

(Schluß folgt.)

und gegen den Gemeindefreier Genossen Heinrich das Strafverfahren nach dem Gesetze vom Jahre 1924 eingeleitet, weil sie durch die Veröffentlichung veranlaßt und durch eine gefehlwidrige Handlung begangen. Zunächst hat der Bezirksrichter Neureiter die beiden Angeklagten zu je 50 Kronen Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Arrest bedingt auf ein Jahr verurteilt. Gegen dieses Urteil haben nun die beiden Genossen durch Genossen Dr. Heller die Berufung überreicht, und beide wurden bei der Berufungsverhandlung, welche am 12. März 1926 stattfand, freigesprochen, weil nicht im geringsten erwiesen ist, daß sie die Veröffentlichung veranlaßt haben. Auf diesen Umstand hat der Vertreter der beiden Genossen schon in erster Instanz hingewiesen. Herr Neureiter ist aber darüber einfach hinweggegangen. Die ganze Angelegenheit wird jedenfalls noch Gegenstand einer Erörterung im Parlament sein. Es muß einmal festgestellt werden, ob es neben der vom Präsidenten ernannten und der Nationalversammlung verantwortlichen Regierung noch eine Nebenregierung der „Narodni jednota Severočechů“, das ist des nordböhmischen Tschschischenservereines gibt. Für uns war die Tatsache dieser Nebenregierung allerdings niemals fraglich.

Ein Gesetz zum Schutz der Heilquellen. Das Ministerium für Gesundheitswesen hat neben dem Abgesandten für dessen Vorlage im Parlament noch kein Zeitpunkt festgesetzt wurde, einen Gesetzesentwurf zum Schutz der Heilquellen auszuarbeiten, der noch in der Frühjahrsession überreicht werden soll. Die Vorlage geht, dem „Pravo Lidu“ zufolge, von der Tatsache aus, daß für den Schutz der Heilquellen in dem teilweise veralteten Bergbaugesetz nur in mangelhafter Weise Vorsorge getroffen ist. In der Praxis wird es sich um Vorkrisen handeln, welche das freie Verfügungsrecht über Liegenschaften, die sich in der Nachbarschaft von Heilquellen befinden oder wo diese Heilquellen vorkommen, einschränken, besonders soweit das Schurfrecht in Betracht kommt. Der Gesetzesentwurf bedeutet demzufolge einen Eingriff in das freie Verfügungsrecht über private Liegenschaften, soweit die Ausübung dieses Verfügungsrechtes für die Heilquellen und mittelbar auch für ihren Eigentümer eine Schädigung öffentlicher und privater Interessen involvieren würde. Es werden bestimmte Zonen vorgegeben, auf die in einem solchen Falle die Bestimmungen des Gesetzes Anwendung finden sollen. Soweit bereits derartige Sicherungsmaßnahmen in Geltung sind, werden sie durch den Entwurf ausgebaut.

Hlinka und die Koalition. Wie „Pravo Lidu“ meldet, hat Minister Šobza das Memorandum der slowakischen Volkspartei dem Ministerpräsidenten Švehla zur Auehrung übergeben, der Šobza mit den weiteren Beratungen betraut hat. Nach Versionen, die im Parlament verbreitet wurden, ist es gelungen, in einigen Punkten eine Einigung zu erzielen. Der Hauptpunkt der Einigung liegt darin, daß vorläufig die Volkspartei nicht in die Regierung tritt, sondern eine Linie der sogenannten wohlwollenden Opposition antreten werden, damit der Uebergang nicht so plötzlich wäre und die slowakischen Volksparteier Zeit gewinnen, ihre Anhänger umzuorientieren.

Die Abrüstung in Dänemark.
Annahme der sozialdemokratischen Anträge.

Kopenhagen, 12. März. In namentlicher Abstimmung wurde heute im Folketing die Abrüstungsvorlage mit 75 gegen 71 Stimmen angenommen. Für die Vorlage stimmten die Sozialdemokraten und die radikale Linke, dagegen die Konservativen und die Linke. Drei Abgeordnete waren abwesend. Das Gesetz geht nunmehr an das Landsting.

Einstellung des Kutisterprozesses.

Wegen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten. Berlin, 13. März. (Eigenbericht.) Das Schöffengericht Berlin Mitte hat das Verfahren gegen Juan Kutister und seine Mitangeklagten infolge andauernder Verhandlungsunfähigkeit Kutisters eingestellt. Damit ist das Verfahren vorläufig erledigt. Kutister, der den Anstoß zur Barmanaffäre gegeben hat, war beschuldigt, die preussische Staatsbank um große Summen betrogen zu haben.

Die Druckplatten der Fällcher.

Wien, 13. März. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Budapest, daß man an maßgebenden Stellen in der Einlieferung der beiden von Ulan der Oberstaatsanwaltschaft übermittelten Steinplatten für die falschen Noten eine schwere Komplikation der ganzen Angelegenheit erblicke. Während man früher der Meinung war, daß die früher angefertigten Steine, von denen Existenz man ja wußte, gänzlich unbrauchbar seien, so bezeichnen die Franzosen die nunmehr vorgefundenen Mischsteine als äußerst gelungen. Die Polizei wird noch heute die Weisung erhalten, nach dem Verbleib der übrigen zu dieser Garnitur gehörigen Steine zu forschen. Wie verlautet, haben die französischen Experten bei der Polizei den Antrag gestellt, von den durch Ulan eingelieferten Steinen Probedrucke zu machen, um festzustellen, ob diese Steine zur Herstellung von Fällschilaten geeignet seien.

Stibrenys Pläne: Neue Steuergelder für den Militarismus.

18 monatige Dienstzeit mindestens für 1926. — Ein Kader von 12.000 längerdienenden Unteroffizieren. — Statt Restriktionen ein großzügiges Investitionsprogramm für ein Jahr. — Das Soldatenwahlrecht ein „Anfin“.

Prag, 13. März. Der Verteidigungsminister Stibreny erklärte heute bei einem Presseempfang den Journalisten gegenüber, daß er im nächsten Ministerrat einen Gesetzentwurf über die Wehrreform, die längerdienenden Unteroffiziere und die vormilitärische Erziehung vorlegen werde. Das Ministerium verharre zunächst auf der Weiterbefassung der 18monatigen Dienstzeit für ein weiteres Jahr, um einen Kader von 12.000 längerdienenden Unteroffizieren zu schaffen, die bei einer Verkürzung der Dienstzeit notwendig sind. Die längerdienenden Unteroffiziere würden dann nach achtjähriger Dienstzeit Anspruch auf Uebernahme in den Staatsdienst haben. Die Finanzwache und die Gendarmerie soll künftig ausschließlich aus solchen längerdienenden Unteroffizieren ergänzt werden. Die vormilitärische Erziehung hänge nicht unmittelbar mit der jetzigen Verkürzung der Dienstzeit zusammen, sondern es müßten die Vorarbeiten hierzu auf eine Reihe von Jahren verteilt werden.

Das Ministerium verschlechte sich nicht der Forderung des Finanzministeriums, sein Budget zu restringieren. Doch würde dafür ein eigenes Investitionsprogramm vorgelegt werden, durch das die für den Ausbau der Armee unbedingt erforderlichen Investitionen auf ein Jahr verteilt werden sollen. Dieses Gesetz werde im Wege einer besonderen Anleihe die Mittel für eine entsprechende Ausrüstung der Armee aufbringen.

Stibreny unterließ es nicht, darauf hinzuweisen, daß er bei diesem Entwurf nicht von Parteinteressen, sondern ausschließlich von den Notwendigkeiten seines Ressorts (!) geleitet wurde. Das Wahlrecht der Soldaten habe er immer als Unfin betrachtet, denn durch die politische Agitation werde die Disziplin untergraben. Das Ministerium arbeite darum einen Entwurf aus, der das aktive und passive Wahlrecht der Militärpersonen abschafft.

Bodenreform. — Rote Hoffnungen.

Bisher konnte man der Ansicht sein, die Art und Weise der Durchführung der Bodenreform durch das Bodenamt gefesse gegen die Interessen des Deutschtums und sei einzig und allein ein Mittel zur weiteren Verschlechterung. Eine Anzahl von Tagungen, Rundgebungen, Einschließungen und Presseankündigungen sind sämtlich von dieser Ansicht erfüllt gewesen und haben den Protest der Deutschen zum Ausdruck gebracht. Nunmehr kann ich aber jeder des Gegenteils von seiner bisherigen Ansicht belehren lassen und zwar durch das Tschschener Fabrikantenblatt, das sich selbst als Hüter des Deutschtums und als Kämpfer für seine Rechte bezeichnet. Dieses Blatt berichtet in der Freitagsausgabe vom 12. Venzings (März) über die Aufteilung von Grundstücken der Thunischen Herrschaft. Da die betreffende Notiz den Untertitel „Rote Hoffnungen“ trägt, wurde unsere Neugier wege, welche Hoffnungen denn die Sozialdemokratie gerade bei der Aufteilung der Thunischen Herrschaft gezeitigt hat. Ueber diese Hoffnungen gibt der Satz Auskunft: „Die fixe Idee der unter roter Führung stehenden Gemeinden auf dem linken Elbeufer, die Bodenreform sei für sie gemacht und sie würden ganze Rediere zugeteilt erhalten, dürfte wohl schon aufgegeben sein.“

Dieser Satz, der nach der Mitteilung kommt, daß von 9000 Hektar Wald von 5 Gemeinden insgesamt nur 276 Hektar abgegeben werden, atmet Hohen- und Schadenfreude darüber, daß deutsche Gemeinden mit ihren Ansprüchen abgewiesen wurden. Der wahnsinnige, verhasste Satz des Fabrikantenblattes gegen die Sozialdemokratie bringt einem oder dem anderen im Dienste des Kapitalismus stehenden Schriftsteller um das letzte schäbige Restchen Verstand und Vernunft. Der Schreiber der Notiz hat alles blutrot vor seinen Augen gesehen, so er den zitierten Satz schrieb. Worum handelt es sich eigentlich? Die Gemeinden Vodenbach, Biela, Punauburg und Mittelgrund haben feinerzeit bedeutende Waldflächen vom Thunischen Besitz angefordert. Vodenbach und Mittelgrund stützen sich bei ihrer Anforderung auf den Umstand, daß die Quellen ihrer Trinkwasserleitung in den angeforderten Waldgebieten liegen. Dieser Anforderungsgrund ist wohl schon allein maßgebend genug, um das Verlangen dieser Gemeinden zu rechtfertigen, hat doch Vodenbach rund 20.000 Menschen mit Trinkwasser zu versorgen. Der Entzug des Quellengebietes könnte unter Umständen zu einer furchtbaren Gefahr für die Gemeinden und ihre Bewohner werden. Es sprechen für die Zuweisung entsprechender Waldgebiete an die genannten Gemeinden wirtschaftliche, familiäre, sicherheitliche (Feuersgefahr) und nationale Gründe, aber sie alle sind dem Bodenamt und mit diesem dem „Nordböhmischen Tagblatt“ nicht schicksalhaft genug. Während das Bodenamt einfach eine Abweisung fällt, kann es das Fabrikantenblatt nicht unterlassen, eine hämische Glosse dazu zu machen. Würde man mit dem betreffenden Schriftsteller persönlich polemisieren, er würde rufen: „Etsch, nichts hat die Gemeinde Vodenbach, Biela usw. bekommen, etsch! Warum ist auch nicht ein Nationalparteiier Bürgermeister oder Vorsteher gewesen, als angefordert wurde.“ Es sei festgestellt, daß feinerzeit die Mitglieder der Nationalpartei — wenigstens in Vodenbach — für die Anforderung gewesen sind und daß somit die aus 6 Personen bestehende Fraktion dieselbe Hoffnung hegte, wie die rote Führung der Gemeinde.

Das Tschschener Fabrikantenblatt gibt vor, nationale Interessen zu vertreten, es faselt von einer Volksgemeinschaft gegen das Tschschentum, dabei jubelt es dem tschschischen Bodenamt zu, daß es Ansprüche einiger deutschen Gemeinden um etwa 25.000 deutschen Bewohnern abweist. Das Blatt verhöhnt sich selbst am bittersten und es ohreißt sich nach allen Regeln ab.

Tagesneuigkeiten.
Bergmanns Los.

Das ist des Bergmanns früher Tod: Er muß im Schacht tagtäglich scharren um sein Bro: in Dunst und Nacht. Ihn hält die mühevollte Schicht vom Tage fern, er mißt das goldne Sonnenlicht und Mond und Stern. Wäh: wie der Maulwurf immerfort und scharrt und grabt im Kohlgang, am düstern Ort — heißt das gelebt? Oft stürzt auf ihn mit Ungeflüm der Wasserfall — das Weier dräut, das Ungetüm, mit Blich und Knall. So macht er täglich seine Fron, schwarz und berügt, um wenig kümmerlichen Lohn, mit wunder Brust. So haust er tief im Erdschoß, in Klust und Stein — das ist des Kohlengräbers Los! Kann's trüber sein? Heinrich Kampfen.

Hungerlohn aus Idealismus.
Ein Brief von Wilhelm Liebknecht.

Der deutsch-französische Krieg wühlte stark die nationalen Leidenschaften aller deutschen Volksteile auf, und der soziale Kampf trat ganz in den Hintergrund. Der „Vorboten“, das Organ der deutschen Sektion der Internationale, mußte sein Erscheinen einstellen. Der Veteran der Arbeiterbewegung, Johann Philipp Becker, geriet durch das Eingehen des „Vorboten“ direkt in eine drückende Notlage. Sein bestes Wissen und Können hätte er der Redaktion dieses Blattes geopfert. Das Leben der Redakteure sozialdemokratischer Blätter war ein qualvolles Ringen um das tägliche Brot. Das beweisen die Auszüge aus dem folgenden Briefe von Wilhelm Liebknecht an Johann Philipp Becker.

Leipzig, den 24. Januar 1871. Lieber Freund! Als ich die letzte Nummer des „Vorboten“ las, überkam mich ein schmerzliches Gefühl — es muß Dir bravem altem Burschen hart gewesen sein, dem Blatt, das doch ein Stück von Dir war, den Lebensfaden abzuschneiden. Zu vermeiden war's freilich nicht, denn der „Vorbote“ konnte sich nicht denken. Sehr lieb wäre mir dann und wann ein von Dir geschriebener Bericht. Daß wir nicht zahlen können, heißt Du, und brauche ich mich deshalb nicht zu entschuldigen. Wir stehen hier finanziell noch sehr schlecht. Kapital haben wir nie, und das Blatt (Der Volksstaat, d. Red.) war bloß dadurch zu halten, daß wir uns die äußersten Opfer auferlegten. Jetzt endlich sind wir so weit, daß wir keine frischen Schulden machen, allein das wird bloß dadurch möglich, daß die Redaktion auf Hungerlohn gesetzt ist. Ich bin jünger als Du und habe daher mehr Widerstandskraft gegen die Mißere, aber glaube mir, meine ökonomische Lage ist derartig, daß ich mir oft wegen meiner Frau und Kinder Vorwürfe machen muß. Jetzt z. B. schulde ich Schulgeld, Hausmiete, und doch lebe ich möglichst einfach. In einem Theater z. Bz. bin ich seit 5 Jahren nicht gewesen. Dies nur, um Dir zu zeigen, daß auch wir nicht in Arabien geboren sind. Zu klagem fällt mir natürlich nicht ein... Adieu, braver Freund. Es drückt Dir die Hand Dein treuer W. Liebknecht.

Die ungarischen Banknotenfälschungen im Volkslied des sechzehnten Jahrhunderts. Die Windischgrätz, Radossy und ihre Helfershelfer haben, soweit man die Sache überblicken kann, bisher noch keinen Boten gefunden, der ihre Taten verherrlicht hätte. Es ist auch nicht notwendig; denn schon vor vierhundert Jahren singt ein unbekannter Dichter in Vorahnung der einstigen glorreichen Geschehnisse:

Es ist viel Wunders in der Welt, Groß Uebermut und falsches Geld hat überhand genommen; Christliche Lieb ist fast dahin, Der Glaub' ist schier verschwunden. ... Großer Uebermut, falsches Geld, mangelnde christliche Liebe: das kann unmöglich auf etwas anderes als auf Horthy-Ungarn gemünzt sein, wo auch bei den Anhängern des Vademecisters schon der Glaube an eine Weiterdauer des blutbesetzten Regimes geschwunden ist.

Der Fall Pardubsky. Die Brüner Tierärztliche Hochschule soll, wie verlautet, nicht geschlossen werden, obwohl der Widerstand gegen Prof. Pardubsky noch unvermindert anhält. Das Schulministerium hat aber das Rektorat beauftragt, die Folgen einer allfälligen weiteren Absenz der Vorlesungen des Prof. Pardubsky nach den geltenden Bestimmungen der allgemeinen Studien- und Prüfungsordnung zu liquidieren. Dies bedeutet, daß nach diesen Bestimmungen der Nichtbesuch der Vorlesungen und Übungen des Prof. Pardubsky für die Hörer des 3. und 4. Jahrganges den Verlust mindestens eines Semesters zur Folge haben würde, wodurch natürlich die Zulassung zur zweiten und dritten Staatsprüfung und der Eintritt in das praktische Leben hinausgeschoben würde. Das Ministerium erklärt auch, daß die Hörer verpflichtet seien, die chirurgische Klinik für das vierte Semester zu besuchen und von diesem Besuch nicht befreit werden können. Das Rektorat wurde beauftragt, gegen alle Ruhestörer mit den strengsten Disziplinar- und gesellschaftlichen Strafen vorzugehen. Ob mit diesem „Auftrag“ die Hörerschaft beruhigt wird, muß aber sehr bezweifelt werden.

Hütet Euch vor den Werbem der Fremdenlegionen! Die deutsche Frauenliga für Frieden und Freiheit ersucht uns um Ausnahme folgender Zeilen: Der Feldzug in Marokko ist noch nicht beendet. Eine Frühjahrsoffensive droht. Neue Kämpfer werden benötigt. Die Werber werden sie unter den Arbeitslosen und Unmündigen suchen. Hütet Euch vor ihren Vorspiegelungen! Gebt Fremden keine Unterschrift; sie könnte Euch in unwiderstehliche Verderben stürzen. Ihr seid nicht dazu da, fremder Machtiger bei der Unterjochung und Ausbeutung freier Völker zu helfen. Darum hütet Euch vor den Werbem der Fremdenlegionen!

Oberst Nicolai, der ehemalige Presschef des deutschen Großen Hauptquartiers unseiner Angelegenheiten, wird vom „Hochmeister“ des Jungdeutschen Lebens beschuldigt, daß er im Interesse Russlands Butsch und Feldzugspläne phantastischer Art ausgearbeitet habe. Selbstverständlich kümmert sich in Deutschland kein Staatsanwalt um dieses Gebräu von Wahnsinn und Landesverrat. Herr Oberst Nicolai dementiert und alles ist vorbei. Man sollte dieses kurze Hervortreten des Chefs des Kriegespreffamts nicht vorübergehen lassen, ohne sich bei Herrn Nicolai zu bedanken für seine vorzügliche Lügenpropaganda im Weltkrieg und für die hartnäckige Verfolgung der Presse, die ihm nicht angenehm war. Den „Laternenläsern Verbänden“ und ihren Hintermännern aber, deren „Nachrichtenschef“ Herr Nicolai geworden ist, kann man nur herzlich gratulieren. Er soll ihnen „Wahrheiten“ vorsehen, bis sie schwarz werden!

Die Not in den Reihen der Kriegsbeschädigten ist geradezu katastrophal geworden. Die Einkommensgrenze, nach deren Ueberschreiten eine Kriegsbeschädigtenrente nicht mehr gezahlt wird, ist mit K 5.000.— für wirtschaftlich selbständig Tätige und mit K 10.000.— für wirtschaftlich unselbständig Tätige viel zu niedrig gehalten. Durch diesen Umstand gelangt der Großteil der Kriegsbeschädigten nicht in den Besitz einer Rente. Die Regierung ist bei dieser Einkommensgrenze sogar noch unter die Grenze des steuerfreien Einkommens gegangen. Das steuerfreie Einkommen beträgt K 6.000.—, während ein wirtschaftlich selbständig tätiger Kriegsbeschädigter nur unter K 5.000.— jährlich verdienen darf, wenn er im Bezuge der Rente verbleiben will. Am letzten Mittwoch sprach eine Abordnung des Bundes der Kriegsbeschädigten, Eiz Reichenberg und der Truzina esk. val. postojencu in Prag im Parlamente bei sämtlichen Abgeordnete-klubs vor und überreichte den Mitgliedern des sozialpolitischen Ausschusses ein Memorandum, in welchem die Erhöhung der Einkommensgrenze auf K 16.000 verlangt wurde. Die Ueberreichung dieses Memorandums war der erste gemeinsame Schritt, den die deutsche und tschschische Kriegsbeschädigtenorganisation unternahm. Ihm dürften noch weitere folgen.

Folgen des Krieges. Kürzlich war in Eger gegen mehrere kaum der Schule entwachsene Burschen wegen Verbrechens der Notzucht, begangen an einigen 10jährigen Mädchen, die Anzeige erstattet worden. Die Erhebungen ergaben nun, daß die Mädchen diejenigen waren, die die Anregung zu dem Verbrechen gegeben hatten.

Ein schweres Erdbeben wird aus Peru gemeldet. Der südliche Teil von Peru ist von heftigen, mit großen Verwüstungen verknüpften Erdstößen heimgesucht worden, die große Schäden anrichteten und die Eisenbahnverbindungen völlig unterbrachen.

Der achtsache Fememörder.

Einvernahme durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Berlin, 13. März. (Eigenbericht.) Im Moabit-Untersuchungsgefängnis wurde heute der achtsache Fememörder Leutnant Schulz vom Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages einvernommen. Er behauptete, daß er nach seinem Austritt aus dem militärischen Verhältnis vom christlichen Landarbeiterverband angestellt worden sei, um Genossenschaften zu gründen. Den Zweck dieser Anstellung, für seine Tätigkeit bei der Schwarzen Reichswehr eine Deckung zu finden, bestritt er. Er sagte ferner aus, daß er während des Ruhrkampfes vom deutschnationalen Abgeordneten Jahnske engagiert worden sei und sich am Abwehrkampf beteiligt habe. Seine Beteiligung an den Fememorden bestritt er.

Erst die gerichtliche Verhandlung und die Gegenüberstellung Schulz' mit den Zeugen seiner Täterschaft wird die Angelegenheit aufklären.

Vom Zweverband der Stromabnehmer „Nordgau“ wird uns mitgeteilt: Im Hinblick auf die Verbilligung der Beschäftigtenkosten, welche einzelne Elektrizitätswerke bereits zu einer Ermäßigung des Stromtarifes bewegen, hat der Zweverband der Stromabnehmer „Nordgau“ in Teplitz-Schönau beschlossen, das letzte Strompreisübereinkommen mit den Nordböhmischen Elektrizitätswerken in Bodenbach, bzw. den „Siemens“-Elektr.-Betrieben, aus dem Jahre 1923, welches sich auf jene Gemeinden und Lichtgenossenschaften bezog, welche vor dem Jahre 1919 langfristige Stromlieferungsverträge abgeschlossen haben, mit dem 31. März 1926 zu kündigen. Er ist aber grundsätzlich bereit, mit den Nordböhmischen Elektrizitätswerken wegen gütlicher Strompreisfestsetzung in Verhandlung zu treten. Ob und wann es zu solchen kommt, hängt von den Nordböhmischen Elektrizitätswerken ab. Der Einführung des zweimonatlichen Zinsfußes wurde mit Rücksicht darauf zugestimmt, daß die Nordböhmischen Elektrizitätswerke zusicherten, mögliches Entgegenkommen bei denjenigen, welche nicht sofort zur zweimonatlichen Zahlung überzugehen vermögen, wachen zu lassen. Bei Differenzen über die Höhe des Bauzuschusses, welchen die Gemeinden und Lichtgenossenschaften für die Erweiterung des Ortsnetzes zu bezahlen haben, wird der „Nordgau“ nur in jenen Fällen einschreiten, wo ein gütliches Übereinkommen zwischen den Beteiligten nicht möglich ist. Für diesen Fall zusicherten die Nordböhmischen Elektrizitätswerke zu, dem „Nordgau“ die zur Beurteilung nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Ein angeblicher Pächter der Marienbader Quellen, Vor einigen Monaten tauchte in Marienbad ein gewisser Josef Prochazka aus Kuttenberg auf, der jedem, der es hören wollte, erzählte, daß ihm das Bodennat der Pachtung der Marienbader Quellen und Bäder übertragen werde. Mittwöch traf nun ein Haftbefehl gegen Prochazka wegen verschiedener Prozeduren in der Marienbader Bezirke ein, worauf Prochazka von der Polizei verhaftet und dem Marienbader Bezirksgericht eingeliefert wurde. Als der Verhaftete dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden sollte, fand man Prochazka in der Zelle in einer Blutlache liegend auf. Er hatte sich mit einem im Schuh versteckt gehaltenen Rasiermesser die Halsader geöffnet. Prochazka starb während des Transportes ins Krankenhaus.

Das Martyrium zweier Kinder enthüllte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Eine Frau Else Plähn hatte als Stiefmutter ein vierjähriges Mädchen und einen zwölfjährigen Jungen zu erziehen, eine Aufgabe, die mit reichlich viel Prügel und mit herzlich wenig Essen erfüllen half. Die Kinder waren so eingeschüchtert, daß sie es nicht wagten, die Mißhandlungen, die sie von ihrer Stiefmutter zu erdulden hatten, irgend jemand mitzuteilen. In der Schule erzählten sie über ihre offenen Wunden die unglaublichsten Geschichten und behaupteten, daß die Verletzungen Folgen von Prügeleien untereinander oder mit anderen Kindern seien. Während die Stiefmutter immer mehr in die Breite ging, sahen die Kinder bald halbverhungert aus. Frau Plähn hatte eine ganz besondere Art von Züchtigung. Sie brachte den Kindern mit den Fingernägeln Wunden in der Mundhöhle bei. Dem Jungen hat sie einmal buchstäblich einen Teller auf dem Mund zertrümmert. Das Mädchen hatte am Bein eine tiefe Wunde von einem Schlag mit dem glühenden Plättchen. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Frau neun Monate Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis und ordnete die sofortige Verhaftung der Angeklagten an.

Vörös Miksa, der „Zigeunerprimas“ Berlins in den neunziger Jahren, hat das Zeiliche gesegnet und damit eine Epoche für wenige Augenblicke wieder ins Gedächtnis zurückgerufen, in denen ungarische Zigeunermusik die „alte Gesellschaft“ bezaubert hat. Die Zigeunerkapelle ist unterdessen von der Jazzband teilschlagend worden. Die Geige hat vor dem Saxophon kapituliert. Schwarzhäutig, mit den berühmten feurigen Augen, kam Vörös Miksa nach Berlin und schwang sich in kurzer Zeit zum Liebling der oberen Bebauung hin auf. Im Zentral-Hotel, einer damals erstklassigen Vergnügungshalle der „Gesellschaft“, hatte er sein Hauptquartier aufgeschlagen und drang von da aus immer weiter in die höheren Regionen vor. Vörös Miksa wurde eines Tages „hoffähig“, und zwar durch seinen ungarischen Landsmann, den I. u. I. Volkshater der österreichisch-ungarischen Monarchie, der ihn in die damalige „Polgesellschaft“ in der Roonstraße einzuführen pflegte. Nun ist Vörös

Vorstandskonferenz der tschechischen Gewerkschaften.

Das Verhältnis zum Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die letzte Sitzung der Vorstände der in der Prager Gewerkschaftszentrale vereinigten Verbände beschloß nach eingehender Beratung, über die unter dem Vorsitz des Vertreters des Internationalen Gewerkschaftsbundes stattgefundenen Verhandlungen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg folgende Resolution:

„Die Vorstandskonferenz vom 27. Feber 1926 in Prag nimmt den erstellten Organisationsbericht zur Kenntnis und billigt das Vorgehen des Zentralgewerkschaftsrates, das zu einer Vereinigung der Gewerkschaftsverbände und zur Festigung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung führt.“

Die Vorstandskonferenz legt besonderes Gewicht auf die wirtschaftliche Ausgestaltung der Verbände der Zentrale und billigt die zweckdienlichen Maßnahmen.

Die Vorstandskonferenz nimmt den Bericht über die Verhandlungen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg zur Kenntnis, bei welchen am 20. Jänner d. J. die grundsätzlichen Bestimmungen vereinbart wurden, welche die Vereinigung der maßgebenden Teile der tschechisch-österreichischen Gewerkschaftsbewegung verbürgen. In Erkenntnis des großen Gedankens der Einheit der Gewerkschaftsbewegung stimmt die Vorstandskonferenz zu, daß der Zentralgewerkschaftsrat in den Verhandlungen fortfahre und für eine Übergangszeit Richtlinien ausarbeite, welche das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den Verbänden regeln und die vollständige Einheit unterstützen und bewirken sollen.

Die Vorstandskonferenz ruft, indem sie die Bestrebungen der tschechisch-österreichischen Gewerkschaftsvereinigungen um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung betont, nicht nur den Mitgliedern und Vertrauensmännern der eigenen Verbände, sondern auch den unorganisierten geistigen und manuellen Arbeitern zu, sie in der Werkstatt, im Büro und in den Organisationen zu unterstützen.

Nicht eine Einheitsfront, sondern eine einheitliche Organisation muß die Parole aller jener sein, die ehrlich für die Vereinigung des Proletariates und seine wirtschaftliche und soziale Besserstellung eintreten.“

Die Vorstandskonferenz besprach sodann nach Miksa einsam im Armenbierdel des Berliner Nordens aus dem Leben gegangen und mit ihm verschwindet ein Stück der alten Zeit.

Unsere Landsleute im Auslande. Die letzte Nummer des offiziellen Auslandsorganes „Zahranizni politika“ bringt einen interessanten Artikel über die Zahl der tschechisch-österreichischen Staatsbürger im Ausland, wobei versucht wird, auch ihre nationale Zugehörigkeit festzustellen. Nach dieser Aufstellung leben 1.035.733 Tschechoslowaken außerhalb der Grenzen der Republik von denen 602.482 Tschechen und Slowaken 281.730 Deutsche sein sollen. 195.000 leben in Deutschland, dann folgt Österreich (69.745), der Rest verteilt sich auf die übrigen Staaten. Interessant ist das Bild, das eine Reihe von „tschechisch-österreichischen“ Auslandskolonien bildet, bei denen die Deutschen die Angehörigen des „Staatsvolkes“ überwiegen. So leben in Griechenland 120 tschechische und 20 tschechische Angehörige der Tschechoslowakei, in Spanien ist das Verhältnis 279 zu 182, in Schweden 171 zu 112, in der Schweiz gar 3825 zu 675. Leider sind die Angaben aus einer Reihe von Staaten unbedingt falsch; in Argentinien, Brasilien, Kanada, Ungarn, Mexiko, ja sogar in den Vereinigten Staaten sind überhaupt keine Deutschen ausgewiesen. Eine Statistik, die für die nordamerikanische Union von 498.000 Tschechoslowakischen Staatsbürgern, 350.000 Tschechen und Slowaken, 135.000 Russen und keine Deutschen und Ungarn ausweist, und für Kanada (4840), sowie für Argentinien (8000) familiäre Staatsangehörige einfach auf das Konto des Staatsvolkes bucht, ist wohl wertlos. Trotzdem sich demgemäß die Zahl der Deutschen auf Kosten der Tschechen und Slowaken in Wirklichkeit bedeutend höher stellen muß, ist nicht uninteressant festzustellen, daß sich selbst nach dieser offensichtlich falschen Statistik die Zahl der deutschen Staatsangehörigen prozentuell bedeutend höher stellt, als ihr Anteil im Inland, nämlich über 27 Prozent. Die Aufstellung lehrt uns, daß weit mehr als ein Drittel Millionen Sudetendeutscher außerhalb der Staatsgrenzen wohnt. (Mitgeteilt von der deutschen Botschaft in der tschechisch-österreichischen Republik.)

Herr Scripps, der Schnürsenkellönig, ein amerikanischer Milliardär aus New York, beschäftigt neuerdings die öffentliche Meinung der Welt. Die amerikanischen Milliardäre kämpfen nicht mehr für die Erfüllung irdischer Wünsche. Sie sind über diesen Trug hinaus. Darum verlieren ihre Handlungen oft den letzten Rest bürgerlicher Vernünftigkeit und der Widerstand des Geldes in seiner Karikatur tritt bei ihnen erfreulich klar an den Tag. Der Mittelpunkt des Lebens des Herrn Scripps ist bisher der Schnürsenkeltrast gewesen, zu dessen führenden Kopf er sich durch jahrzehntelange Arbeit emporgeschwungen hatte. Nun hat er das Szepter des Schnürsenkellönigs in jüngere Hände gedrückt und umkreist seitdem unermüdet die Welt. Es schien ihm absurd, daß Menschen ruhig und gemächlich auf demselben Plage leben können. Er hat sich vorgenommen, in steter Bewegung zu bleiben,

einem Referat des Genossen Dr. Langer über die Bauförderung und die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge diese wichtigen Fragen und beschloß eine Resolution, in welcher die bisherigen Forderungen des Zentralgewerkschaftsrates auf diesem Gebiete bekräftigt werden. Besonderer Nachdruck wird auf eine entsprechende Unterstützung des Baues von Genossenschaftswohnhäusern, Häusern, die durch Gemeinden oder andere öffentliche Korporationen gebaut werden, gelegt. Die Unterstützung ist durch sehr billige Kredite oder die Garantie für dieselben zu gewähren. Es möge ein Staatsbaufonds errichtet werden, zu dessen Schaffung auch teilweise die Ertragnisse der Vermögensabgabe, der Baulosanleihe zu verwenden sind. Protestiert wird gegen die Mietzinserhöhung in allen Häusern, weil damit keine Bauförderung erreicht werden kann. Als sehr dringende Forderung wird die endliche Gesetzgebung bezüglich der Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge bezeichnet, ferner die Novellierung des § 82 B. O., die Sicherung der Kündigungsfrist der längere Zeit im Betriebe beschäftigten Arbeiter, Erneuerung der Verpflichtung der Unternehmer zur Meldung freier Stellen und Novellierung des Betriebsauschusses-Gesetzes.

Schließlich besprach die Vorstandskonferenz das Gesetz über die Bezüge der Staatsangestellten, sprach ihre Solidarität mit den Forderungen der betreffenden Gewerkschaftsverbände aus und protestierte dagegen, daß die Regelung ohne Mitwirkung der Angestellten vor sich gehen solle. Die Bedeutung soll durch Ersparnisse des Nationalverteidigungsministeriums sowie des Landwirtschafts- und Außenministeriums erfolgen, schließlich durch eine Reform der staatlichen Verwaltung. Energisch muß dagegen protestiert werden, daß die Bedeutung durch Verteuerung der Lebensbedürfnisse der breiten Massen oder eine Tarifierhöhung erfolge. Gleichzeitig ruft die Vorstandskonferenz nach der endlichen Durchführung der Steuerreform, damit besonders das Existenzminimum erhöht werde. Die vom Finanzministerium auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1924 gewährten Erleichterungen sollen allgemein durchgeführt werden und sich auch auf die Beamten und Angestellten beziehen.

niemals anzuhalten und sich nirgendwo festhaft zu machen. Eben lehrt er von der sechsten Reise um die Welt zurück und rüftet sich jetzt für ein siebentes Mal. Der New Yorker Presse hat er erklärt, daß er auf seinen Weltreisen nur einen Menschen getroffen habe, den er, als seinesgleichen empfand, und das war ein Bettler. Der sagte ihm, es läme ihn so dummt vor, daß jemand an seinem Besitz so hänge, den man ständig hüten müsse, daß er einem nicht gekaut wird. Das will Scripps erkannt haben, daß eine Milliarde Dollar unter Umständen ein Hindernis zur Gewinnung der Freiheit sein kann, und begab sich auf seine siebente Reise um die Welt.

Selbstmord zweier Dichter in Moskau. Die beiden jungen russischen Dichter Georgy Chwalstunow und Kalow, die der Gruppe „Junge Garde“ angehörten, haben in Moskau Selbstmord verübt.

Der Luftverkehr hat auf Grund einer internationalen Vereinbarung eine neue Bereicherung erhalten. Von jetzt ab können auch die Frauen die Lizenz zum Dienst als Flugzeugführer zu Handzwecken erhalten. Auf Antrag einer Anzahl von Sportfliegerinnen hat sich die Medizinische Abteilung des englischen Luftministeriums entschlossen, die Prüfung der Kandidatinnen vorzunehmen. Es wird von dem Ergebnis der Prüfung abhängen, ob eine Aenderung in den internationalen Vereinbarungen beantragt werden wird. Ein täglich zweimaliger Flugverkehr wird in diesem Sommer nach Westerland eingerichtet werden. Die Fluglinie geht von Berlin über Hamburg, Flensburg nach der Nordseeinsel Westerland. — Die Prämien für Lebensversicherungen der englischen Luftverkehrsgesellschaften sind wesentlich herabgesetzt worden. So kann z. B. ein Offizier im Rang eines Geschwaderführers, der bisher eine jährliche Prämie von 5 Prozent der Versicherungssumme zahlen mußte, sich heute mit einer Prämie von 2 Prozent begnügen. In Deutschland gibt es gegenwärtig 19 Luftfahrerschulen: in Berlin-Staaken, Münster, Hamburg-Fußbüttel, Warnemünde, Bremen, Magdeburg, Berlin-Johannisthal, Stettin, Hannover, Leipzig, Fürth und Königsberg.

Ein orkanartiger Sturm wütet seit Dienstag abends an der Nord- und Ostsee küste, der bis zu 22 Meter in der Sekunde ausgeht hat. An der schleswig-holsteinischen Waterkant sowie an der Küste zwischen Elbe, Weser und Ems sind bereits Sturmfluten festgestellt worden. Auch in der Elbe ist starkes Hochwasser aufgetreten. So dröhnten in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ganze Salven von Warnungsschüssen an der Küste entlang, um anzuzeigen, daß die Flut mit jedem Schuß um je einen Fuß weiter gestiegen ist. Auch die Stadt Hamburg hat unter dem Orkan sehr schwer zu leiden. Am Hauptbahnhof wurde das Mitteldach in einem Umfang von 200 Quadratmeter vom Sturm aufgerissen, Glasplitter und Balken auf die Straße geschleudert, ohne daß glücklicherweise Menschen zu Schaden kamen. Der Wind sprang sodann von Südwest nach Nordost um und steigerte sich dann zu einer Geschwindigkeit bis zu 35 Meter in der Sekunde. In der Süderstraße in Hamburg

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 15. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 19: Deutsche Sendung, Dr. Beck: Paddelsport und Wasserwandern; 20.02: Konzert. — Brünn, 19: Global. Lieder; 19.45: Melodram; 20: Konzert. — London, 23.30: Jandische Musik. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 19: „Tristan und Isolde“. — Stuttgart, 20: Mozart. — Leipzig, 19: „Tristan und Isolde“. — Breslau, 19: „Tristan und Isolde“. — München, 20.40: Zwieselfänge. — Frankfurt, 20: „Tristan und Isolde“. — Wien, 20.15: Letztere Musik. — Zürich, 20.30: „Freie Bühne“.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

beschädigte der Sturm die Straßenbahn-Stromleitungen; in einem anderen Stadtteil wurde ein Bangerüst und das Dach eines Neubaus abgedeckt. In der Alsterdorferstraße wurde ein Fabriksgewerkschaftsstein umgelegt. Das Finanzamt am Gänsemarkt das augenblicklich im Bau befindlich ist, drückte der Sturm die Bretterverkleidung eines großen Fensters und mehrere Stützbalken heraus und warf sie mit ungeheurer Gewalt auf die Straße. Am Mittwochabend herrschte noch starkes Sturmwetter mit Regengüssen und Hagelsturz, zeitweilig von Sonnenscheinpausen unterbrochen. Auch in Berlin hat sich der Witterungsumschwung durch starke Böen und rapide Temperaturabnahme bemerkbar gemacht.

Eine Räuberbande, die ausschließlich mit Opiume arbeitet, ist in Hawaii, der amerikanischen Insel des Stillen Ozeans, eine Weltberühmtheit geworden. Die Bande besteht aus Japanern, Chinesen, Philippinos und polynesischen Mischlingen. Das ist so ziemlich alles, was die Polizei von ihr weiß. Wenig genug, wenn man bedenkt, daß bereits 51 Leute ausgeplündert worden sind, daß diese Attoden am hellen Tage im Geschäftsviertel von Honolulu vorgekommen sind und daß sich die tüchtigsten amerikanischen Detektive seit Wochen um ihre Verfolgung bemühen. Die „Vererbung“ eines Opfers nach dem System dieser Räuberbande geht etwa folgendermaßen vor sich: Der Prokurist eines Kaufhauses (ein Chinese) kommt mit schleppendem Schritt und starren Augen zu seinem Chef und bittet um einen Vorstoß von 500 Dollar. Vier Tage später berichtet dieser, daß er von einem Unbekannten auf einer Autofahrt in einen Trancezustand veretzt worden ist und in der Hypnose den Auftrag erhalten hat, 500 Dollar herbeizuschaffen. Die Durchschnittdauer der Räuber ist nämlich etwa diese Summe; doch behandelt die Bande ihre Opfer höchst individuell. Ein japanischer Seeoffizier wurde nur um 100 Dollar betrogen, während ein eingeborener Gutsbesitzer 1200 bezahlen mußte. Dieses neue System für Diebe und Räuber gibt vorläufig der Verbrechertwelt alle Chancen in die Hand — der Polizei bis jetzt keine. Erst wenn eines der nächsten Hypnoseexperimente mit der Pistole beantwortet wird, dürfte die Gesellschaft ihr Arbeitsgebiet in eine andere Gegend verlegen.

Der Säugling mit dem Schneidezahn. In Paffel in Nordmähren wurde den Eheleuten Heinrich ein starker, gesunder Junge geboren, der einen vollständig entwickelten Schneidezahn aufwies.

Die lateinische Schrift in der Türkei. Die türkischen Briefmarken werden jetzt eingezogen und durch neue ersetzt, die in England hergestellt werden und deren wichtigstes Merkmal darin besteht, daß die Worte „Turkia postaları“ in lateinischen Buchstaben geschrieben sind. Damit ist der Anfang zur Einführung des lateinischen Alphabets bei den Türken gemacht, die sich bisher der arabischen Schrift bedienen. Eine Verordnung der Regierung von Angora hat bereits befohlen, daß beim Unterricht in Algebra und Geometrie lateinische Buchstaben verwendet werden, und die allgemeine Einführung der lateinischen Schrift wird von hervorragenden Persönlichkeiten befürwortet. Eine Sonderkommission der Nationalversammlung erörtert diese Frage, und man wartet nur noch die Entscheidung des Kongresses für Turkologie ab, der gegenwärtig in Vaku tagt und bei dem besonders die Volkswissenschaften für die Abschaffung der arabischen Schriften eintreten.

Eine schwere Grippe-Epidemie herrscht im ganzen nördlichen Rußland. In Leningrad, wo im Laufe der letzten Woche über 700 Fälle registriert wurden, mußten 119 neue Krerke eingeliefert werden. In Moskau waren bereits vor zwei Wochen 710, eine Woche später 2189 und in der letzten Woche 7896 Fälle zu verzeichnen. Auch die Krerke werden vielfach von der Krankheit in Mitteldenshaft gezogen.

In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

„Die Entstehung der tschechisch-böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Eine Hungernot ist in der Ukraine ausgebrochen. Neu Zehntel der Landwirte der moldauischen Republik sind von ihr betroffen worden.

Prager Chronik. Bekanntlich hat der Stadtrat von Prag beschlossen, den Gesundheitszustand aller Prager Schulkinder zu untersuchen.

Wetterbericht vom 13. März. Bei weiter fortschreitender Erwärmung wurden gestern in Böhmen Temperaturen von 10 Grad Celsius erreicht.

In der Folterkammer chinesischer Piraten.

Der höchste Gerichtshof in Hongkong hat kürzlich einen der gefährlichsten chinesischen Piraten zu lebenslänglichem Zuchthaus und zwanzig Jahren mit der Kette verurteilt.

Kleine Chronik. Die Geschichte einer Eierkarte.

Es war in der Weltkriegszeit, als man ohne Brotkarte kein Brot und ohne Eierkarte kein Ei kaufen konnte. Eines Tages wurde Herrin Severin Rechthaber eröffnet, daß er auf Eierkarten keinen Anspruch habe.

um an die schlimmsten Zeiten der Foltererei erinnern. Ein Zeuge erklärte, daß auf seinen Einwand, daß er zu arm sei, um den geforderten Betrag aufzubringen...

Volkswirtschaft.

Die Ergebnisse des Achtstundentages in der Industrie.

In der „International Labour Review“ für Dezember 1925 erschien ein Artikel von Professor Edgard Milhaud über die Ergebnisse der Durchführung des Achtstundentages in der Industrie.

Definitive Ernteergebnisse der wichtigsten landwirtschaftlichen Fruchtarten in der Tschechoslowakei 1925.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht schon die definitiven Ernteergebnisse der Ernte von 1925, dieselben fallen im Vergleich mit den analogen Daten für das Jahr 1924 (in der Klammer) nachfolgend aus:

das auch Herr Severin Rechthaber als im Besitz einer Brotkarte lebender Staatsbürger Anspruch auf eine Eierkarte habe, falls er nicht aus seinem eigenen Hühnerstall den Bedarf decken könne.

gen Schnurrbart beraubt wurde, was in China als höchster Schimpf gilt. Die Schnurrbartshaare und die abgetrennten Ohren — den es blieb nicht bei dem einen Opfer — wurden länderlich verpackt...

Durchschnittliche Erträge marktfähiger sowie nichtmarktfähiger Ware per Hektar in Österreichern.

Winterweizen 17.5 (14.4), Sommerweizen 15.5 (15.0), Winterroggen 17.6 (18.7), Sommerroggen 11.7 (10.3), Wintergerste 17.3 (13.7), Sommergerste 18.0 (14.3), Hafer 15.6 (14.2), Mais 19.5 (16.5), Speisebohnen 13.3 (13.2), Erbsen 14.1 (14.1), Linen 10.8 (9.7), Samenweide 12.3 (12.3), Pferdebohnen 17.0 (16.3), Raps und Rüben 12.9 (12.9), Mohn 8.5 (8.7), Flachsfasern 5.5 (5.6), Hanffasern 8.2 (6.8), Frühkartoffeln 98.0 (85.7), Spätkartoffeln 118.2 (103.3), Zichorie 187.1 (186.4), Zuckerrüben 295.2 (276.8), Futterrüben 292.0 (269.7), Kopfsalat 217.1 (183.5), Alee aller Art 44.1 (40.2), Aleeamen 2.2 (2.3), sonstiges Grünfutter 31.9 (28.2), Weichselweizen 37.4 (34.9), Dauerweizen 39.4 (37.2).

Siegreicher Kampf der österreichischen Landarbeiter.

Seit Wochen haben in Oesterreich zwischen Grundbesitzern und Landarbeitern Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages stattgefunden, die nunmehr mit einem großen Erfolg für die Arbeiter abgeschlossen wurden.

Justizerrümer.

Aus einem kleinen aragonesischen Ort verstand vor Jahresfrist ein Mann, den man deshalb für das Opfer eines Verbrechens hielt. Die gerichtlichen Nachforschungen ergaben, daß der Verurteilte in einem Badesort verbrannt worden war.

aber auch dem politischen Einfluß der österreichischen Sozialdemokratie zu verdanken. Die von den Sozialdemokraten beherrschte Gemeinde Wien hat in der Umgebung der Stadt einige Güter und schloß mit ihren Arbeitern einen Vertrag ab.

Prager Produktentwerfe.

Die Landarbeiter können daraus lernen, welche Bedeutung für sie eine starke sozialdemokratische Partei hat. Prager Produktentwerfe. (Offizieller Bericht vom 12. März.) Die Woche war, wie immer am Freitag, schwach besucht und das Geschäft bewegte sich in minimalen Grenzen.

ger Zeit erstattete die Familie des Verurteilten bei einem neuen Richter von neuem die Anzeige.

Die entscheidende Frage aber ist die nach der Art, wie es geschehen ist, Unschuldigen das Bekenntnis einer Tat abzugreifen, für die alle Beweise, außer eben der des abgepressten Geständnisses, fehlten; wie den „Nachforschenden“ Gerichtsbehörden damals und sechzehn Jahre hindurch die Existenz eines in die Nachbarschaft Abgewanderten verborgen bleiben konnte, wie ein derartig leichtfertiger Justizirrtum möglich war!

